

Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

Protokoll der 07. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin: Montag, den 05.12.2016

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:10 Uhr

Ort, Raum: großer Saal im Bürgerhaus in Allendorf (Lumda)

Stadtverordnetenvorsteher Thomas Benz eröffnet die 7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Allendorf (Lumda) und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung ordnungsgemäß eingeladen wurde (am 25.11.2016) und mit 21 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause beantragt den Tagesordnungspunkt 6, Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen, von der Tagesordnung abzusetzen. In der Stadtverordnetenversammlung vom 10.10.2016 wurde beschlossen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Geschäftsgang zu belassen. Der Magistrat wurde des Weiteren beauftragt, über die Entwicklung regelmäßig zu berichten. Da es derzeit nichts zu diesem Thema zu berichten gibt, kann der TOP abgesetzt werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Tagesordnungspunkt 6 von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Frau Stadtverordnete Henneberg beantragt die Resolution der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN bezüglich der Änderung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Resolution zur Schließung der Praxen des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Die anderen Tagesordnungspunkte werden entsprechend der Absetzung des Tagesordnungspunktes 6 vorverlegt. Der Tagesordnungspunkt „Resolution zur Schließung der Praxen des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes“ ist der neue Tagesordnungspunkt 8.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 10.10.2016 wurden keine Einwände vorgebracht. Es gilt somit als beschlossen.

Tagesordnung

der 07. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2016

- TOP 1: Ehrenamtliches Engagement der Bürger;
hier: Verleihung der Ehrenmedaille
- TOP 2: Jährliche Berichtspflicht an die Stadtverordnetenversammlung
gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)
hier: 2. Bericht für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 20/187/2016/1
- TOP 3: Neukalkulation der Schmutzwasser- und
Niederschlagswassergebühr zum 01.01.2017
hier: Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der
Entwässerungssatzung vom 11.12.2009
Vorlage: 20/196/2016/1
- TOP 4: Neukalkulation der Frischwassergebühr zum 01.01.2017
hier: Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der
Wasserversorgungssatzung vom 23.11.2009
Vorlage: 20/197/2016/1

- TOP 5: Waldwirtschaftsplan 2017
 Vorlage: 20/198/2016
- TOP 6: Mängelbeseitigung und Umplanungen in der alten Fahrzeughalle
 des Feuerwehrgerätehauses in Allendorf/Lumda sowie
 Mängelbeseitigung im Feuerwehrhaus Nordeck;
 hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 06. Juli 2016
 Vorlage: 99/069/2016
- TOP 7: Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs zur Neugestaltung des
 Nouvion-Platzes in Allendorf (Lumda);
 hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.08.2016
 Vorlage: 99/071/2016
- TOP 8: Resolution zur Schließung der Praxen des Ärztlichen
 Bereitschaftsdienstes
 hier: Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- TOP 9: Anfragen und Mitteilungen
-

**TOP 1: Ehrenamtliches Engagement der Bürger;
 hier: Verleihung der Ehrenmedaille**

Herrn Werner Heibertshausen wird die Ehrenmedaille für sein ehrenamtliches Engagement im Bereich der Allendorfer Heimatgeschichte verliehen.

Eine weitere Ehrenmedaille erhalten die „Climbacher Friedhofsmäher“, Hans Backhaus, Herbert Hartmann, Lothar Hauk, Franz Held, Walter Reeh und Peter Rohrbach für ihren Einsatz bei der Pflege in und um den Climbacher Friedhof.

**TOP 2: Jährliche Berichtspflicht an die Stadtverordnetenversammlung
 gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)
 hier: 2. Bericht für das Haushaltsjahr 2016
 Vorlage: 20/187/2016/1**

Gemäß § 28 GemHVO ist die Stadtverordnetenversammlung mindestens zweimal jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten.

Die Vorlage (siehe Sitzungsunterlagen) beinhaltet den zweiten Bericht für das Jahr 2016 sowie als Anlage die Ergebnis- und die Finanzrechnung der ersten drei Quartale 2016 (Rechnungsperioden Januar bis September) und die vorläufige Ergebnis- und vorläufige die Finanzrechnung zum 31.12.2016 (Rechnungsperioden Januar bis Dezember) jeweils mit Stand vom 17.10.2016.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den in der Anlage aufgeführten Bericht über den Stand des Haushaltsvollzuges zum 30.09.2016 bzw. 31.12.2016 zur Kenntnis.

**TOP 3: Neukalkulation der Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühr zum 01.01.2017
hier: Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Entwässerungssatzung vom 11.12.2009
Vorlage: 20/196/2016/1**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 6. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Entwässerungssatzung - EWS) vom 23.11.2009, zuletzt geändert am 12.12.2016:

Aufgrund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2015 (GVBl. S. 618), der §§ 37 bis 40 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung vom 14.12.2010 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. September 2015 (GVBl. S. 338), der §§ 1 bis 5 a), 6 a), 9 bis 12 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl. I S. 134), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2015 (GVBl. S. 618), der §§ 1 und 9 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz - AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 1. Juni 2016 (BGBl. I S. 1290), und der §§ 1 und 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (HAbwAG) vom 9. Juni 2016 (GVBl. S. 70), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Allendorf (Lumda) in der Sitzung am 05. Dezember 2016 folgende 6. Änderung der Entwässerungssatzung beschlossen:

Artikel 1

Der § 24 Abs. 1 „Gebührenmaßstäbe und -sätze für Niederschlagswasser“ erhält folgende neue Fassung:

- (1) Gebührenmaßstab für das Einleiten von Niederschlagswasser ist die bebaute und künstlich befestigte Grundstücksfläche, von der das Niederschlagswasser in die Abwasseranlage eingeleitet wird oder abfließt; pro Quadratmeter wird eine Gebühr von 0,75 EUR jährlich erhoben.

Artikel 2

Der § 26 Abs. 1 „Gebührenmaßstäbe und -sätze für Schmutzwasser“ erhält folgende neue Fassung:

- (1) Gebührenmaßstab für das Einleiten häuslichen Schmutzwassers ist der Frischwasserverbrauch auf dem angeschlossenen Grundstück. Die Gebühr beträgt pro m³ Frischwasserverbrauch
- | | |
|--|------|
| a) bei zentraler Abwasserreinigung in der Abwasseranlage
EUR, | 3,67 |
| b) bei notwendiger Vorreinigung des Abwassers in
einer Grundstückskläreinrichtung
EUR. | 3,67 |

Artikel 3

Die 6. Änderung der Entwässerungssatzung tritt zum 01.01.2017 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 4: Neukalkulation der Frischwassergebühr zum 01.01.2017
hier: Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der
Wasserversorgungssatzung vom 23.11.2009
Vorlage: 20/197/2016/1**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 4. Änderung der Satzung über die öffentliche Wasserversorgung (Wasserversorgungssatzung - WVS) vom 23.11.2009, zuletzt geändert am 15.12.2015:

Aufgrund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.12.2015 (GVBl. S. 618), der §§ 30, 31, 36 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung vom 14.12.2010 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert mit Gesetz vom 28.09.2015 (GVBl. I S. 338), der §§ 1 bis 5a, 6a, 9 bis 12 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) vom 24.03.2013 (GVBl. I S. 134), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.12.2015 (GVBl. S. 618), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt

Allendorf (Lumda) in der Sitzung am 05. Dezember 2016 folgende 4. Änderung der Wasserversorgungssatzung beschlossen:

Artikel 1

Der § 27 Abs. 3 und 4 „Gebührenmaßstab und Gebührensatz zur Benutzungsgebühr“ erhält folgende neue Fassung:

- (3) Die Benutzungsgebühr beträgt je Kubikmeter 2,12 Euro.
- (4) Die Benutzungsgebühr enthält die gesetzliche Umsatzsteuer.

Artikel 2

Die 4. Änderung der Wasserversorgungssatzung tritt zum 01.01.2017 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

TOP 5: Waldwirtschaftsplan 2017 Vorlage: 20/198/2016

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den vom Hess. Forstamt Wettenberg vorgelegten Waldwirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2017 an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss zwecks Erarbeitung einer Beschlussempfehlung.

TOP 6: Mängelbeseitigung und Umplanungen in der alten Fahrzeughalle des Feuerwehrgerätehauses in Allendorf/Lumda sowie Mängelbeseitigung im Feuerwehrhaus Nordeck; hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 06. Juli 2016 Vorlage: 99/069/2016

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat ein zweites Planungsbüro zwecks Planung gemäß Bedarfs- u. Entwicklungsplans anzufragen und um ein Vergleichsangebot zum Angebot der Fa. k-plan aus Siegen zu haben.

Weiterhin sollen die Prüfberichte der Tore an die Fraktionsvorsitzenden und Ausschussmitglieder versendet werden.

Der Vorgang verbleibt im Geschäftsgang und wird im Zuge der Haushalts-Beratungen 2017 beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 7: Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs zur Neugestaltung des
Nouvion-Platzes in Allendorf (Lumda);
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.08.2016
Vorlage: 99/071/2016**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat einen Ideenwettbewerb für die Neugestaltung des Nouvion-Platzes, in die auch die anderen Städtepartnerschaften mit einbezogen werden sollen, in Allendorf auszuschreiben.

Die hiesigen Schulen sollen ausdrücklich aufgefordert werden, sich an dem Wettbewerb, der zeitlich begrenzt sein soll, zu beteiligen.

Der beste, von einer unabhängigen Kommission von Sachverständigen der Stadt ausgewählte Vorschlag soll mit einem Preis (ca. 500 €) belohnt werden. Die Mittel sind im Haushalt zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

**TOP 8: Resolution zur Schließung der Praxen des Ärztlicher
Bereitschaftsdienstes
hier: Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen**

Frau Stadtverordnete Henneberg führt den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus. Sie macht deutlich, dass die Resolution fraktionsübergreifend zu verstehen ist.

Die Vorsitzenden der anderen Fraktionen unterstützen die Resolution.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Resolution:

Wie aktuellen Pressemeldungen und Angaben ortsansässiger Ärzte zu entnehmen ist, beabsichtigt die Kassenärztliche Vereinigung Hessen zum 01. Januar 2017 die Praxis des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Lollar zu schließen.

Betroffen sind auch die Standorte Grünberg und Linden. Die Schließung der Praxen des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Lollar, Grünberg und Linden wird die medizinische Versorgung auf dem Land massiv verschlechtern.

Patientinnen und Patienten, die bislang den Bereitschaftsdienst in Lollar in Anspruch nehmen konnten, wären künftig gezwungen den Weg zum Ärztlichen Bereitschaftsdienst in Lich oder Gießen in Kauf zu nehmen.

Dieses Vorhaben des ÄBD führt zu einer deutlichen Verschlechterung der medizinischen Versorgung in der Region, die alle Bürgerinnen und Bürger betreffen wird.

Die Stadt Allendorf (Lumda) lehnt alle Vorhaben ab, die zu einer Verschlechterung der ärztlichen Versorgung in unserer Stadt und der umliegenden Region führen. Dies betrifft insbesondere die Schließung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Lollar durch die Kassenärztliche Vereinigung.

Die Stadtverordneten der Stadt Allendorf (Lumda) fordern die Kassenärztliche Vereinigung auf, dieses für die Menschen unseres Landkreises nachteilige Vorhaben aufzugeben.

Die Sicherheit der wohnortnahen medizinischen Versorgung hat absoluten Vorrang vor allen anderen Aspekten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

TOP 9: Anfragen und Mitteilungen

Anfragen:

Herr Stadtverordneter Krieb erkundigt sich, ob die Stadt Allendorf (Lumda) insgesamt beim B-Plan der Futterwiese nachsteuern muss.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bestätigt, dass eine Nachsteuerung notwendig ist. Diese betrifft aber kein riesiges Verfahren, sondern lediglich der Zuschnitt der betreffenden Grundstücke Ärztehaus und Tankstelle wird angepasst.

In diesem Zusammenhang teilt sie mit, dass der Kaufvertrag mit der Fa. Esso Roth unterschrieben wurde.

Des Weiteren appelliert Herr Stadtverordneter Krieb sich mit der Cyber-Sicherheit seitens der Stadt dringend zu beschäftigen. Der kürzlich erfolgte Hackerangriff auf die Router der Telekom hat die Dringlichkeit erneut bestätigt.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bezieht sich auf die Aufforderung des Parlamentes, ein zweites Angebot einzuholen, sowie sich mit der ekom21 in Verbindung zu setzen.

Am Mittwoch wird zur Bestandsaufnahme der ekom21 ein Abschlussgespräch erfolgen.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause sieht die Verwaltung der Stadt Allendorf (Lumda) derzeit im Rahmen der Möglichkeiten gut abgesichert.

Anmerkung der Verwaltung:

Es ist festzustellen, dass weltweit der gesamte IT-Bereich aber auch der privat Bereich einer ständig wachsenden Bedrohung durch das Internet ausgesetzt ist. Hackerangriffe und Datendiebstahl-Delikte steigen an und treffen immer häufiger auch kleinere Institutionen. Selbst mit umfangreichen Schutzmaßnahmen lassen sich Angriffe und damit Cyberrisiken nicht immer vermeiden, da die Methoden der Kriminellen immer ausgefeilter werden. Waren Spam- oder Phishing-E-Mails früher leicht zu erkennen, spähen beispielsweise Hacker heute das Ziel des Angriffs vorher aus und erstellen individuell angepasste und damit täuschend echt aussehende E-Mails. Die Bedrohungsszenarien sind insofern einer stetigen Dynamik unterworfen, die einen dauerhaften Prozess der Cybersicherheit erfordern.

Deshalb wurde vorgeschlagen, sich dem langfristigen IKZ-Projekt der Landkreise Gießen und Marburg (bis zum Jahr 2021) anzuschließen.

Um weitere zeitliche Verzögerungen aufgrund der bestehenden Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung zu vermeiden, wurde kurzfristig im Frühjahr mit der ekom21 Kontakt aufgenommen. Im Rahmen der Nutzung eines dort durch das Land Hessen geförderten und befristeten Projekts (bis ca. 2018) wurde im Sommer eine Informationssicherheitsanalyse der städtischen IT-Struktur durchgeführt und die Ergebnisse besprochen. Anzumerken ist, dass sich im Rahmen dieses Projekts das Angebot der ekom21 lediglich auf eine beratende Funktion beschränkt.

Die Analyse selbst sollte einen ersten Überblick über den Status der Informationssicherheit der Stadt geben und die Verantwortlichen anhand konkreter Empfehlungen unterstützen, weitere Schutzmaßnahmen zu ergreifen bzw. Vorhandene auszubauen. Weitgehend wurden Empfehlungen ausgesprochen, die ein mittelfristiges Tätigwerden erfordern. Es ist geplant, diese Maßnahmen sukzessiv im Rahmen eines zu erstellenden Aufgaben- und Zeitplans umzusetzen.

Diesbezüglich erkundigt sich Herr Stadtverordneter Krieb, ob das Angebot im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit weiterhin besteht.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bejaht dies und führt aus, dass die Stadt auch im laufenden Prozess noch dazu stoßen kann.

Herr Stadtverordneter Käs fragt an, was sich zu den Anträgen des Kommunalinvestitionsprogrammes (KIP) ergeben hat.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause gibt an, dass drei Anträge bewilligt sind und bei den anderen noch kleinere Nachfragen bestanden haben. Sie geht davon aus, dass diese Projekte auch durchlaufen.

Frau Stadtverordnete Henneberg möchte wissen, ob die Straßenbeleuchtung bei der Feuerwehr mittlerweile installiert wurde.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erklärt, dass die Installation bisher nicht vorgenommen wurde. Es musste ein Angebot eingeholt werden und eine neue Stromzufuhr ist auch notwendig. Da der TSV für seine neue Garage ebenfalls Strom benötigt, ist noch ein Abstimmungsprozess erforderlich. Danach wird die Maßnahme umgesetzt.

Herr Stadtverordneter Wißner erkundigt sich, aus welchem Grund die Besetzung der städtischen Gremien auf der Homepage der Stadt Allendorf (Lumda) nur noch als pdf-Dokument dargestellt ist.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause gibt an, dass es sich hierbei um die jeweiligen Organigramme der Gremien handelt. Sie wird sich die Darstellung ansehen.

Herr Stadtverordneter Erbach bezieht sich auf einen Zeitungsartikel zur Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses vom 07.11.2016, welcher als Richtigstellung eines vorherigen Artikels zur Sitzung erschienen ist. Entspricht es den Tatsachen, dass in der Sitzung eine Tischvorlage ausgeteilt wurde?

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bestätigt dies. Es wurde die Berichterstattung mit der Zeitung geklärt. Leider ist die Richtigstellung kleiner als die Falschmeldung erschienen.

Des Weiteren erkundigt sich Herr Stadtverordneter Erbach zum Sachstand eines gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirkes mit der Gemeinde Rabenau.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause gibt an, dass die Gemeinde Rabenau diesbezüglich angeschrieben wurde. Leider habe es bis dato keine Reaktion seitens der Gemeinde Rabenau gegeben.

Frau Stadtverordnete Trezn möchte wissen, ob die beschlossene Senkung der Abwassergebühren im Zusammenhang mit der Qualität der Bewirtschaftung der Kläranlage steht.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause betont, dass die Stadt Allendorf (Lumda) einen guten Klärwärter habe. Die Werte werden eingehalten, was eine Senkung der Abwasserabgabe zur Folge und somit Auswirkungen auf die Höhe der Gebühren hat.

Mitteilungen:

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt folgendes mit:

- 1) Da die bisherige Postfiliale zum Ende des Jahres schließt, wurde in Allendorf ein neuer Standort gesucht. Dieser wurde zwischenzeitlich gefunden. Ab dem 01.01.2017 befindet sich die Postfiliale in der Mühlwiese bei der Tankstelle.
- 2) Wie aus beiden Zeitungen zu entnehmen war, wird auf dem Homberg von Dezember an vermehrt Holz eingeschlagen. In der Summe wird aber nicht mehr Holz eingeschlagen, als von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.
- 3) Durch einen hohen Krankenstand ist der städtische Bauhof derzeit sehr dünn besetzt. Aus diesem Grund können Arbeiten wie Laub beseitigen, Hecken schneiden, Gräben räumen usw. nicht im gewohnten Maße erledigt werden. Der jetzt hinzukommende Winterdienst hat auch Vorrang. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bittet dies auch in der Bevölkerung zu kommunizieren.

Herr Stadtverordneter Benz bedankt sich bei den Parlamentariern für die bisherige angenehme Zusammenarbeit.

Allendorf (Lumda), den 19.12.2016

**(Stadtverordnetenvorsteher
Thomas Benz)
Vorsitzender**

**(Verwaltungsfachwirtin
Nicole Ommert)
Schriftführerin**

Anwesenheitsliste

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Frau Stadtverordnete Sandra Henneberg
Herr Stadtverordneter Christoph Poß
Herr Stadtverordneter Helmut Wißner

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordnetenvorsteher Thomas Benz
Herr Stadtverordneter Ralf Hofmann
Herr Stadtverordneter Jochen Schomber
Herr Stadtverordneter Alexander Zientek
Herr Stadtverordneter Lothar Hauk
Herr Stadtverordneter Reiner Käs

SPD-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Karlheinz Erbach
Frau Stadtverordnete Brigitte Heilmann
Herr Stadtverordneter Apala-Raphael Omokoko
Herr Stadtverordneter Stadtverordneter Jürgen Rein
Herr Stadtverordneter Gernot Schäfer

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb
Herr Stadtverordneter Thomas Stein
Herr Stadtverordneter Marcel Schmidt

BFA/FDP-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Manfred Poschmann
Herr Stadtverordneter Lothar Claar
Frau Stadtverordnete Sylke Schäfer
Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

Magistrat :

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-Krause
Herr Stadtrat Manfred Lotz
Herr Stadtrat Reiner Placzko
Herr 1. Stadtrat Udo Schomber
Frau Stadträtin Petra Sommerlad

Schritfführer/in :

Frau Verwaltungsfachwirtin Nicole Ommert

Verwaltung :

Herr Bauamtsleiter Andreas Becker
Herr Haupt- und Personalamtsleiter Peter
Nickel
Herr Leiter Fachbereich Finanzen Jürgen
Rausch

entschuldigt fehlten:

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Walter Diehl

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

Magistrat :

Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach